

Freitag, 09. August 2019

Pressemitteilung

Abschluss der Geheimverhandlungen zu Schulfrieden und G9

Auch wenn es schmerzt, man muss der CDU dazu gratulieren, was sie mit ihrer hohlen Drohung, G9 zum Wahlkampfthema zu machen, alles erreicht hat: eine weitere Abkehr von einem wirklich inklusiven Schulsystem in Hamburg, in der jedes Kind nach seinen Möglichkeiten gefördert wird.

Gefördert wird stattdessen:

- Lernen im Gleichschritt
- Erhebliche Investitionsvolumen für ein Gymnasialsystem, das Schüler von der Schule verweist, wenn sie den Vorgaben nicht entsprechen, und sie nun auch noch wieder sitzen bleiben lässt
- Eine Aufwertung der äußeren Leistungsdifferenzierung

Anna Ammon, Vorsitzende der GGG:

„Der Abschluss hat zwar auch eine erfreuliche Seite, nämlich die überfällige Bezahlung der Grund-, und Haupt- und Realschullehrer/innen in Hamburg nach A13.

Insgesamt bleibt aber die Negativbilanz: Der Abschluss ist ein Armutszeugnis für eine „Weltstadt“, die Hamburg gern sein möchte. Kleinkariert lässt sich die Hamburger Regierung von einer CDU, die sich in Hamburg im freien Fall befindet, eine Vereinbarung diktieren, der nichts mit zukunftsorientierter Schulpolitik zu tun hat.

Und das in einer politischen Lage, in der keine Rathaus-Partei die Rückkehr zu G9 will. Auch in der CDU selbst war der Vorschlag nicht mehrheitsfähig.

Und die Grünen? Die Partei, die vor einigen Jahren noch das längere gemeinsame Lernen ganz oben auf ihrer Agenda hatte, könnte heute angesichts ihrer Stärke wieder selbstbewusst auftreten im Sinne eines Schulsystems, das mehr fördert und weniger selektiert.

Stattdessen hat Rot-Grün den rückwärtsgerichteten Bildungspolitikern fast kampfflos das Feld überlassen.“